



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2023/05112**
Datum: 04.01.2023
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	25.01.2023	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung	21.02.2023	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Planungsangelegenheiten	14.03.2023 11.04.2023	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung	16.03.2023 13.04.2023	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	22.03.2023 19.04.2023	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	29.03.2023 26.04.2023	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur monatlichen Berichterstattung der Stadtverwaltung über die Entwicklung der Anzahl öffentlicher Parkplätze für Personenkraftwagen in der Stadt Halle

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung legt monatlich einen Bericht zur Entwicklung öffentlicher Parkplätze für Autos in der Stadt Halle (Saale) vor. Der Bericht soll die zum Stichtag eines Monatsersten, öffentlich nutzbare Parkplatzflächen für Personenkraftwagen auflisten und detailliert aufführen und begründen, wo welche Parkplatzflächen temporär und dauerhaft entfallen oder hinzugekommen sind. Der Bericht soll im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung als Mitteilung eingebracht werden.

Begründung:

In Folge einer überwältigenden Beteiligung an einem Bürgerbegehren fand am 06. Juni 2021, parallel zur Landtagswahl, ein Bürgerentscheid zur Aufhebung des Stadtratsbeschlusses zur weitgehend autofreien Altstadt statt. Dieser Bürgerentscheid hatte ein deutliches Votum gegen eine autofreie Altstadt zum Ergebnis.

Doch Autokritiker im Stadtrat wollen sich nicht mit diesem basisdemokratischen Beschluss zufriedengeben und versuchen seitdem über Einzelmaßnahmen im Stadtrat ihren Kampf gegen Besitzer privater Personenkraftwagen fortzusetzen.

Dies führt zu einer weiteren Anspannung der Verfügbarkeit von Parkplätzen für Handwerker, Dienstleister, Kunden, Besucher und Anwohner.

Beispielhaft seien Familien zu nennen, bei welchen Elternteile auswärtig beschäftigt sind und vor der Fahrt zur Arbeit noch die Kinder zur Kita oder Schule gefahren werden müssen. Nicht alle Familien wohnen in unmittelbarer Nähe zur Kita. Diese nutzen deshalb gern den privaten PKW.

Auch die sich zuspitzende Sicherheitslage in unserer Stadt veranlasst viele Eltern ihre Kinder selbst mit dem eigenen PKW zur Schule zu fahren, um zu verhindern, dass Ihre Kinder auf dem Schulweg Opfer von Jugendkriminalität werden.

Um selbstbestimmt und selbstständig leben zu können, benötigen viele ältere und körperlich beeinträchtigte Menschen einen erreichbaren Parkplatz, um am reichhaltigen kulturellen Leben in unserer Stadt teilzuhaben oder für Behördengänge, zu Arztbesuchen und zum Einkaufen in die Innenstadt zu gelangen bzw. Einkäufe nach Hause zu bewegen.

Für Handwerker und Dienstleister ist effizientes Arbeiten eine Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Lange Parkplatzsuche oder weite Fußwege vom Fahrzeug zum Kunden bedeuten höhere Anfahrtskosten infolge der Wegzeiten, geringere Wertschöpfung wegen einem ungünstigen Wegzeit- /Leistungs-Verhältnis und in Verbindung mit einem Handwerkermangel auch längere Wartezeiten und höhere Kosten für Kunden und Dienstleistungsempfänger. Münchener Zustände, wo einige Handwerker keine Kundenaufträge ohne Parkplatz mehr annehmen, gilt es proaktiv zu verhindern (<https://www.bild.de/regional/muenchen/muenchen-aktuell/zu-viel-stress-handwerker-meiden-muenchen-82194534.bild.html>).

Nicht zu vergessen sei die zunehmend angespannte Situation in den meisten Wohngebieten der Innenstadt, die sich durch wegfallende Parkplatzflächen zusätzlich verschärft.

Dies hat auch zur Folge, dass immer weniger Menschen, die das Auto für ihren Arbeitsweg brauchen, in Gebieten mit geringem Parkplatzangebot wohnen wollen.

Da es sich bei auswärtig Beschäftigten, im Vergleich zu Studenten oder Personen ohne Beschäftigung, häufig um Bürger handelt, die sich höhere Einkommen erarbeiten, führt eine Abwanderung dann auch zu Kaufkraftverlust und Konsumverlagerung aus der Innenstadt heraus, bestenfalls in Stadtrandlagen und im ungünstigen Fall in andere Städte und Gemeinden.

Damit ersichtlich ist, ob der Wille der Bevölkerung in Halle respektiert wird oder ob Parkplätze im Rahmen von kleinteiligen Eingriffen zurückgebaut oder umgewidmet werden, soll die Stadtverwaltung dem Stadtrat monatlich Bericht erstatten.